



Flüssigerdgas ist im Brunsbütteler Elbehafen bereits Realität: Schiffe werden dort mit LNG beunkert. Ein Terminal, wo das LNG gespeichert werden kann, gibt es aber noch nicht. Foto: Brunsbüttel Ports

Politischer Rückenwind

Parteien stehen hinter dem Flüssigerdgas-Projekt

Von Michaela Reh

Brunsbüttel – Das Flüssigerdgas-Projekt in Brunsbüttel nimmt Fahrt auf. Dem ersten Förderantrag soll in Kürze ein zweiter folgen. Bei dem geht es um Finanzhilfen für strukturschwache Regionen. Das berichtet Katja Freitag, Sprecherin der Investorengruppe German LNG Terminal GmbH, und will damit die Ernsthaftigkeit des Millionen-Vorhabens unterstreichen.

LNG – diese Abkürzung steht für den englischen Begriff Liquefied Natural Gas, also Flüssigerdgas. Ob ein Tanklager für 350 bis 500 Millionen Euro tatsächlich in Brunsbüttel gebaut wird, soll aber nach wie vor erst Ende 2019 entschieden werden. Doch Katja Freitag will keinen Zweifel daran lassen, dass die Vorzeichen gut stehen.

Das niederländische Unternehmen Gasunie hatte im vergangenen Jahr angekündigt, dass es Brunsbüttel als Standort favorisiere. Im Januar ist

das Joint Venture German LNG Terminal aus der Taufe gehoben worden. Zweck ist der Bau, Besitz und Betrieb eines Import-Terminals für flüssiges Erdgas in Norddeutschland. Das Terminal soll nicht nur die energieintensive Industrie in Brunsbüttel versorgen, sondern zudem die Kapazität haben, Teile der Gasversorgung in Deutschland sicherzustellen. Das Terminal könne etwa zehn Prozent des deutschen Gasbedarfs decken.



Helfrich

„Seit 2011 ist LNG ein Thema für uns in Brunsbüttel“, sagt Frank Schnabel, Geschäftsführer des Elbehafenbetreibers in Brunsbüttel. Seitdem macht er sich für das Projekt stark, um auch die politische Unterstützung zu erhalten. „Anfangs hat man uns in Berlin gar nicht angehört“, sagt Schnabel. Diese Haltung habe

sich inzwischen geändert. „Immerhin ist LNG im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien enthalten. Als wir das erfahren, haben wir jubelt.“ Die Bedeutung des Projektes für den Standort Brunsbüttel sei groß, wie Schnabel bei einem Besuch der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein hervorhob. Aber nicht nur in Sachen LNG erhofft sich der Geschäftsführer politischen Rückenwind. Ein weiteres Thema: Das zweite Gleis und die Elektrifizierung der Bahntrasse Wilster-Brunsbüttel. Zurzeit würden mehr als 20 Züge pro Tag die Strecke nutzen. Eine Studie der Hafengesellschaft belege, dass diese Zahl in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Die Kapazität des bestehenden Gleises reicht jedoch nur für 32 Züge am Tag. „Wenn das LNG-Terminal gebaut wird und 2022 in



Kumbartzky

Betrieb geht, werden wir diese Grenze innerhalb weniger Jahre erreichen“, so Schnabel.

CDU-Bundestagsabgeordneter Mark Helfrich zeigt sich optimistisch, dass die Elektrifizierung der besagten Strecke in Kürze in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. „Sobald das der Fall ist und der Bund die Finanzierung übernimmt, wird das Land Schleswig-Holstein für die Planungskosten aufkommen.“ Diese Zusage existiere bereits. Dass Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) in Sachen Elektrifizierung damit „richtig Dampf macht und in Vorleistung geht“, begrüßen die Liberalen. „Das ist ein hervorragendes Signal für den Wirtschaftsstandort Brunsbüttel. Uns Freie Demokraten vor Ort freut sehr, dass die Landes-



Süfke

gierung klar zu Brunsbüttel und seinen Chancen steht. Das zeigt auch ihr Einsatz für das LNG-Terminal. Nun gilt es weiterhin alles Mögliche auf allen Ebenen zu tun, um die Projekte zu realisieren“, sagt der FDP-Landtagsabgeordnete Oliver Kumbartzky.

Die Sozialdemokraten aus Brunsbüttel stehen LNG, dem Gleisbau und der Elektrifizierung ebenfalls positiv gegenüber: „Flüssigerdgas ist ein hochinteressantes Projekt, das zu Brunsbüttel passt“, sagt Karin Süfke (SPD). Doch gerade weil die Investorengruppe die „finale Entscheidung“ noch nicht getroffen habe, dürfe man den Vielzweckhafen nicht ganz aus den Augen verlieren. Vielzweckhafen und LNG-Terminal – beide Projekte lassen sich nicht in unmittelbarer Nachbarschaft verwirklichen. Aus diesem Grund hatte man den Vielzweckhafen, für den bereits ein Planfeststellungsbeschluss existiert, auf Eis gelegt. „Ganz ad acta legen sollten wir ihn allerdings nicht“, warnt Karin Süfke.